



Zürich, 9. September 2010

ALV-Leistungsabbau bürdet Städten massive Zusatzkosten auf

Die Revision zur Arbeitslosenversicherung gibt vor, Geld zu sparen. In Tat und Wahrheit wälzt der Bund die Kosten für Arbeitslose auf die Gemeinden und Kantone ab. Denn die Sparvorlage hat keinen Einfluss auf die Anzahl Stellensuchender. Wer ausgesteuert wird, rutscht in die Sozialhilfe ab. Städte leiden besonders unter dieser Kostenverschiebung.

Mit den Abbauplänen bei der ALV wird kein Geld gespart. Denn was der Bund einspart, wird kurzerhand den Städten und Kantonen aufgebürdet. Arbeitslose, die ihre Taggelder aufgebraucht haben, werden ausgesteuert und von der Sozialhilfe unterstützt, falls sie über kein eigenes Vermögen verfügen. Was hier als Sparübung verkauft wird, ist eine reine Kostenverlagerung. Städte und Kantone werden den Mehrkosten mit einer Steuererhöhung begegnen müssen. Auf sehr hohen Löhnen wird heute kein ALV-Beitrag erhoben. Das ist ungerecht. Mit den bestehenden Gesetzen und dem gerechten Beitrag von Grossverdienern kann die ALV saniert werden, ohne dass ein Leistungsabbau nötig wird.

Niemand ist vor Arbeitslosigkeit gefeit. Gerade in der Rezession kann die Arbeitslosigkeit jeden und jede unvorbereitet und ohne jede Schuld treffen. Vor allem aber muss um jeden Preis verhindert werden, dass Menschen bereits in jungen Jahren zu Sozialfällen werden. Doch gerade bei LehrabgängerInnen und BerufseinsteigerInnen will die bürgerliche Mehrheit in Bern die Leistungen massiv kürzen. Die Arbeitslosenversicherung muss allen einen angemessenen Ersatz für einen Erwerbsausfall garantieren. Einzelne Gruppen wie etwa die Jungen willkürlich von Leistungen ausschliessen, nur um das Finanzloch zu stopfen, widerspricht dem solidarischen Grundgedanken der Arbeitslosenversicherung.

Aus all diesen Gründen wehren sich die Stadtratsmitglieder der SP Stadt Zürich, Corine Mauch, Claudia Nielsen, André Odermatt und Martin Waser, geschlossen gegen die Abbauvorlage. In einem Inserat, das morgen im Tages-Anzeiger erscheinen wird, machen sie ihre Haltung publik. **Die Revision verdient ein klares Nein.**

Weitere Auskünfte:

- Martin Waser, Stadtrat SP, Vorsteher des Sozialdepartements
044 412 60 12, erreichbar heute zwischen 13.45 und 14.30 Uhr
- Andrea Sprecher, Co-Präsidentin SP Stadt Zürich
076 420 84 55